

Referendumskomitee bringt falsche Informationen in Umlauf

Staatliche Pensionskasse: Die Regierung warnt vor fehlerhaften Zahlen rund um das Massnahmenpaket.

Daniela Fritz

Eine Gruppe rund um den DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch will gegen das vom Landtag im September beschlossene Massnahmenpaket für die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) das Referendum ergreifen. Sie sammeln Unterschriften und haben einen Flyer an alle Haushalte geschickt. Die Gegner stören sich vor allem an zwei Punkten: der Umwandlung des früheren Darlehens von rund 93 Millionen Franken in Eigenkapital und die Ausfinanzierung der bestehenden Renten.

Das Volk habe 2014 ein zinsloses Darlehen zur Sanierung der staatlichen Pensionskasse gewährt, das unter bestimmten Bedingungen zurückgezahlt werden muss. Nun wer-

de dieses Geld «verschenkt, obwohl das Volk etwas ganz anders entschieden hat». Jetzt sollen erneut 130 Millionen an die SPL fliessen, heisst es im Flyer. Elkuch sieht eine Ungleichbehandlung gegenüber privaten Pensionskassen.

Die Regierung bezieht nun Stellung zu den Vorwürfen. In den Unterlagen der Referendumsgruppe würden Fehlinformationen gestreut. So hätten sowohl der Staat als auch die staatlichen Betriebe das Darlehen bereits abgeschlossen, da eine Rückzahlung als unwahrscheinlich gilt. Der Grossteil der Kosten des Massnahmenpakets – konkret das Darlehen des Landes in Höhe von 77 Millionen Franken – sei nicht liquiditätswirksam. Dieses Geld fliesse also weder erneut in die SPL noch sei es als «Volksvermö-

gen» noch vorhanden. 46,7 Millionen Franken hingegen, wovon der Staat 40 Millionen trägt, dienen der Ausfinanzierung der bestehenden Renten. Damit soll die Umverteilung von Aktivversicherten an Rentner ausgeglichen und diese Ungerechtigkeit beseitigt werden. Tiefere Renten seien dadurch nicht zu befürchten, so die Regierung. Die Behauptungen der Gegner könnten eine solche Angst bei den Versicherten erzeugen.

Herbert Elkuch widerspricht: Ihnen ginge es um eine sachliche Auseinandersetzung: «Mit der Ablehnung des Landtagsbeschlusses wird Zeit gewonnen, um die Gesetzgebung für alle betrieblichen Pensionskassen zu verbessern.» Er sieht die Ursache für die Umverteilung vielmehr in den schlechten Kapitalerträgen aller Pensions-

kassen. Diese Umverteilung werde mit dem Massnahmenpaket nicht behoben, findet Elkuch.

Unterschriftensammlung geht in die Endphase

Die Referendumsfrist läuft bis einschliesslich 11. Oktober. Der DpL-Abgeordnete Elkuch startete am 18. September mit der Unterschriftensammlung. 1000 Liechtensteiner muss er überzeugen, damit es zur Volksabstimmung kommt. «Es sind Unterschriftenbögen eingetroffen, aber noch sind nicht alle ausgezählt. Schätzungsweise fehlen noch ein paar Unterschriften», so Elkuch. Er ist aber optimistisch, dass er und sein «überparteiliches» Team auf die nötige Anzahl kommen. Bis Mittwochvormittag nimmt Elkuch noch Unterschriften entgegen. **5**